Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 b, 8–9, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 6, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Heidegegend 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postnachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Meyer's Joppen schützen gegen Regen.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.**, Frauenstr. 4 u. 5.

Patent-Waschmaschine ges.: „Der Wäschetröster".

Tägl. eingeh. Anerkennungen beweisen die Vorzüglichkeit.
G. Troitzsch, Dresden
32 Marienstraße 32.

Kameelhaardecken
beste gesündeste Schlafdecken von 11—30 Mk.
Flanell-Waarenhaus **W. Metzler**,
9 Altmarkt 9.

Wichtig für Damen.
Warnung vor theuren Nachahmungen!
Meissner Smyrna-Knüpfarbeiten.
Rühmlichst bekannte direkte Bezugsquelle von nur Prima-Material zur Herstellung von prachtvollen Teppichen, Vorlegern, Sesseln, Kissen, Stuhlbezügen etc. 200 fein colorirte Mustervorlagen zur Wahl franco. Preisliste u. Anleitung nach neuesten Methoden gratis. Jede Arbeit wird unentgeltlich angefertigt.
F. Louis Beilich, Smyrna-Teppichfabrik, **Meissen**,
Versandgeschäft von Material zu Meissner Smyrna-Knüpfarbeiten.

Spitzen-Umhänge
neueste Façons, gute Qualitäten, billigste Preise, empfiehlt
A. O. Richter, K. S. Hofl.,
König-Johannstr. 9. **Dresden.** König-Johannstr. 9.

Moritz Klingner empfiehlt zur billigen und praktischen Reise **Reise-Fournierkoffer** als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz. **Grösste Auswahl** von **Taschen-Necessaires etc.**
Augustusstrasse Nr. 4
(Bazar de voyage).

Nr. 175. Spiegel: Zwiespalt in der sozialdemokratischen Partei. Hofnachrichten, Zur Steuerreform, Krankenversicherungs-Actiengesellschaft, Das Wetter, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Tannhäuser", „Der Kinder Weihnachtstraum".

Dienstag, 24. Juni.

An die geehrten auswärtigen Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die Bestellungen auf das

dritte Vierteljahr 1890

bei dem betreffenden Postamte bis **spätestens den 25. dieses Monats** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den Kaiserl. Postanstalten im Deutschen Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich **2 Gld. 29 Kreuz.** ausschl. Aufgeld.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen auf das nächste Vierteljahr zum Preise **von 2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Die geehrten Leser, die die „Dresdner Nachrichten" **außerhalb Dresdens** nachgesandt wünschen, haben die erforderliche Ueberweisungsgebühr (im 1. Monat des Kalender-Vierteljahres 60 Pfge., im 2. Monat 40 Pfge. und im 3. Monat 20 Pfge.) nebst etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr **vor der Abreise** an uns einzuschicken. Die werthen auswärtigen Bezieher dagegen wollen sich in gleicher Angelegenheit nur an das betr. Postamt wenden, durch welches die gegenwärtige Bestellung erfolgt. Ueberweisungen innerhalb des deutschen Reichsgebietes, sowie nach Bayern und Württemberg werden daselbst gegen eine Gebühr von 50 Pfge., im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mark ausgeführt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Schon lange wußte man, daß innerhalb der sozialdemokratischen Partei scharfe Gegensätze bestehen und heftige Kämpfe stattfinden. Mancherlei drang davon doch in die Oeffentlichkeit, obwohl Das nach Möglichkeit verhütet wurde und die sozialdemokratische Partei hohen Werth darauf legte, nach Außen hin den Eindruck der Geschlossenheit und Einmüthigkeit zu machen. Wenn man von persönlichen Feindschaften, Neid, Eifersucht und dergl. absieht, so bekämpften sich namentlich zwei Richtungen: eine radikale und eine mehr der Wirklichkeit, den Thatsachen und den Verhältnissen Rechnung tragende, die sog. „opportunistische". Zur Bekämpfung der letzteren gründeten die vorwärtsdrängenden jüngeren Berliner Genossen vor 3 Jahren ein eigenes Blatt, dem Herr Schippel vorstand und das besonders gegen Bebel und Liebknecht einen Vorstoß nach dem andern that, um die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter ihren Willen zu beugen. (Der dritte Führer, Singer, wurde geschont, man kann sich denken, warum.) Am greifbarsten trat der Zwiespalt im sozialdemokratischen Lager gelegentlich der Feier des 1. Mai an die Oeffentlichkeit. Obwohl zuletzt der Riß äußerlich verdeckt wurde, zeigte sich, daß ein Theil der Sozialdemokratie den Weisungen der Parteiführer nicht gehorchte. Der Streit ging weiter, er hat in der Donnerstagsversammlung zu Berlin das Publikum als Zeugen erhalten. Herr Bebel hat in einer Versammlung seiner Parteigenossen Worte gesprochen, welche allgemeine Aufmerksamkeit erregt haben. Er kanzelte die Arbeiter wegen ihres Fanatismus und blinden Hochmuths in Ausdrücken ab, die, wären sie nicht von einem um seine Partei hochverdienten und angesehenen Manne, wie Herr Bebel ist, ausgegangen, sofort in der Versammlung niedergeschrieen worden wären. Kein Anderer außer Herr Bebel hätte eine solche Rede zu Ende bringen dürfen. Jeder Andere wäre nachher sofort aus der Partei ausgestoßen worden. Der Abg. Bebel, wie kein Anderer Kenner der einschlägigen Verhältnisse, rügte die Arbeiter, weil sie „mit wahrem Fanatismus" Ausstände unternehmen, leichtfertig und gedankenlos boykottiren und sich geberden, als müsse unter allen Umständen „die Bourgeoisie vor ihnen zu Kreuze kriechen". Er sprach es unverblümt aus, es sei seit dem 20. Februar einem großen Theil der deutschen Arbeiter „der Kamm geschwollen", er tadelte sie wegen ihres „thörichten Siegesrausches" und wegen der „unstreitig vielen Sünden", welche sie in diesem Rausche seitdem begangen hätten. Herr Bebel spottete über den „Fetischdienst", den man mit noch so verkehrten Beschlüssen von Volksversammlungen treibe, als seien sie das Allerheiligste; er brandmarkte einzelne Boykotts, welche pomphaft verhängt worden waren, einfach als „Dummheit" und er sprach in dem Kampfe um's Dasein der Bourgeoisie das Recht der Vertheidigung unumwunden mit den Worten zu: „Wenn wir schießen, dann müssen wir es uns gefallen lassen, daß auf uns geschossen wird".

Für den unbefangenen Zuschauer ist es gar kein Zweifel, daß Herr Bebel mit alle Dem vollständig Recht hat. In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Gefühl lebendig, daß ihr durch den Fanatismus aufgehetzter Volksschichten schweres Unrecht zugefügt werden soll; die bürgerliche Gesellschaft ist aber nicht Willens, Das ruhig hinzunehmen, und sie besitzt in sich Kraft genug, die ungebührlichen Zumuthungen mit dem gehörigen Nachdruck zurückzuweisen. Sie ist umsoweniger geneigt, vor der Sozialdemokratie zu Kreuze zu kriechen, als keine Zeit für die vernünftigen und ausführbaren Forderungen des Arbeiterstandes bisher soviel that, wie die Gegenwart. Staat und bürgerliche Gesellschaft haben den besten Willen, sie sind von der redlichsten Absicht erfüllt, die Lebenslage der hauptarbeitenden Klassen aufzubessern, und sie scheuen erhebliche Opfer zu diesem Zwecke nicht. Aber die leichtfertigen und frevelhaften Angriffe auf die Gesellschaftsordnung können nur zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen. Sie machen die besitzenden Klassen nur kopfscheu. Gerade Wer, außerhalb der Sozialdemokratie stehend, an der Verbesserung des Looses der unbemittelten Volksklassen arbeitete, beklagte in deren Interessen jenes Treiben der von Größenwahn erfüllten Fanatiker. Es ist jetzt auch Herrn Bebel zu arg geworden. Täuschen wir uns darüber nicht: auch Herr Bebel haßt den Staat und die Gesellschaftsordnungen so bitter wie ein anderer in seiner Partei. Aber sein reiferes Urtheil und seine Lebenserfahrungen lassen ihn erkennen, daß das Treiben dieses Theils der Genossen nur der Arbeitersache den schwersten Schaden bringt. Er hat außerdem kein sonderliches Vertrauen auf den Umsturz aller bestehenden Ordnungen; man hört aus seinen Worten heraus, daß er überzeugt ist, daß der Bourgeoisie nicht blos eine einstweilige, sondern eine dauernde Macht innewohnt, und daß der Staat und die Gesellschaft in sich die Machtmittel besitzen, diesem freventlichen Vorgehen zu begegnen. Deshalb erhebt er seine warnende Stimme.

Es muß in der That weit gekommen sein, daß Das nothwendig war. Die vorwärtsdrängenden „Zielbewußten" veranstalten fortwährend Streiks und andere Kämpfe, nicht um der vorgeschobenen Interessen der betheiligten Arbeiter willen, sondern um die Arbeiterschaft immer tiefer in die Wuth hineinzureden. Dieser Richtung ist es gerade recht lieb, wenn ein Streik mit der Niederlage der Arbeiter endet und ihre wirthschaftlichen Verhältnisse verschlechtert. Gar kein größerer Gefallen könnte diesen Fanatikern geschehen, als wenn die Sozialreform scheiterte und aus dem Arbeiterschutze Nichts würde. Sie hetzt die Arbeiter auf, unerfüllbare Ansprüche an die Fabrikanten und Meister zu stellen und ihnen entwürdigende Bedingungen vorzuschreiben: so z. B. Gesellen und Arbeiter, die fortgearbeitet haben, zu entlassen und dafür solche, die gestreikt haben, einzustellen. Sie boykottiren Arbeitgeber, Wirthschaften und Geschäfte, erheben aber ein Zetergeschrei, wenn sich die Arbeitgeber zur Abwehr unerträglicher Zumuthungen zusammenthun. Sie hintertreiben ein friedliches Zusammenwirken von Meistern und Gesellen bei Arbeitsnachweisen und anderen wohlthätigen Einrichtungen. Freilich ist auch Herr Bebel nicht von der Schuld freizusprechen, daß ein Theil der Sozialdemokratie von soviel Größenwahn und Fanatismus erfüllt ist. Was er von amtswegen am Donnerstag den Berliner Arbeitern zurief, Das konnte die Parteileitung schon längst offiziell verlautbaren; sie hätte die Kraftprobe des 1. Mai weit früher und nachdrücklicher verhindern können; sie hat kein Wort gegen Vertragsbruch übrig gehabt. Das rächt sich jetzt an den Führern selbst. Seine Worte und am Tage darauf eine Reichstagsrede des Abg. Auer ließen durchblicken, daß die „Autoritäten" zum Theil ihren maßgebenden Einfluß auf die Massen einzubüßen anfangen. Herr Bebel schloß wörtlich: „Die Führer der letzten Zeit waren schlechte, miserable Führer". Das sagt unverblümt eines der Oberhäupter der Partei. Aber er hat nur einen halben Erfolg: mit schwacher Mehrheit hebt die Versammlung die Biersperre über die Berliner Brauereien auf, diese „Dummheit", wie sie Bebel genannt hatte, aber sie erklärt sofort, daß die Redaktion des Berliner Parteiblattes unweigerlich die Beschlüsse der Versammlung zu achten habe. Kurz vorher hatte sich Herr Bebel über die Verkehrtheiten dieser Volksversammlungsbeschlüsse lustig gemacht.

Aufrichtig zu wünschen ist, daß die derben Wahrheiten, die Herr Bebel gesagt hat, Gehör finden. Wer bisher von einer Versöhnung der sozialen Gegensätze sprach, wurde Narr, Dummkopf oder Schurke gescholten oder für alles Dreies zusammen ausgegeben. Auch die arbeiterwohlwollendste Stimme verhallte wirkungslos. Bei einem so anerkannten Parteiführer ist Das ausgeschlossen. Wir hoffen daher, daß Bebels Warnungen, vor dem Pochen auf die Gewalt seitens des besonnenen Theiles der sozialdemokratischen Arbeiter gebührend beherzigt werden. Die von Leidenschaft und übertriebenem Klassenbewußtsein erfüllten Genossen sind jetzt von dem besten Manne ihrer Partei zur Genüge auf die Folgen ihres Thuns aufmerksam gemacht worden. Es wäre aber voreilig, aus dem Zwiespalte innerhalb der Sozialdemokratie einen nahen Zerfall derselben erwarten zu wollen. Wohl aber erkennt man, daß jetzt, wo doch die Aufhebung des Sozialistengesetzes erst bevorsteht, die tiefen Gegensätze in der Partei einander heftig befehden. Das Sozialistengesetz hat entschieden den Nachtheil gehabt, daß es, wie ein eiserner Reif, die Parteien zusammenschnürte. Warte man die weitere Entwickelung jener Gährung ab. Was folgt aus alle dem für die nicht sozialdemokratische Welt? Zweierlei. Zunächst muß ein Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag, wie ihn die Deutschfreisinnigen wegen des Militärgesetzes leichtfertig heraufbeschwören wollen, unbedingt vermieden werden. Ein solcher Konflikt würde nur den Prozeß der gegenseitigen Bekämpfung innerhalb der Sozialdemokratie aufhalten. Sodann folgt die Lehre: die sozialen Reformen kräftig zu fördern. Wohl haben die Hetzereien der von Bebel wahrheitsgetreu geschilderten Elemente es dahin gebracht, daß das Vertrauen auf die Einsicht und den guten Willen der Arbeiter vielfach erschüttert worden ist; aber andererseits zeigt auch die denkwürdige Rede Bebels, daß die sozialen Reformen einen Keil in die Sozialdemokratie zu treiben beginnen. Auf dem auch von Bebel als tragfähig anerkannten Boden der heutigen Ordnungen läßt sich sehr Vieles thun, um den sozialen Frieden herzustellen. Daran werden es die staatserhaltenden Parteien nicht fehlen lassen, zum Wohle der Arbeiter und zum Heile des Ganzen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 23. Juni.

Berlin. Reichstag. Die 2. Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Gewerbegerichte wird fortgesetzt, und zwar bei § 49, welcher in der Kommissionsfassung das Rechtsmittel der Berufung gegen gewerbegerichtliche Entscheidungen zuläßt, wenn der Werth des Streitobjektes mindestens 100 Mk. beträgt. Die Sozialdemokraten wollen die Berufung ganz streichen; Abg. Stumm beantragt, sie ohne Rücksicht auf den Werth des Streitobjektes zuzulassen. Dr. Meyer-Berlin (frs.) wendet sich gegen die Berufung, da die Gewerbegerichte bei ihrer Zusammensetzung sehr gewissenhaft prüfen würden. Dr. Meier empfiehlt schließlich die Kommissionsfassung als Compromiß. Stadthagen (Sozdem.) beantragt als Berufungsinstanz ein anderes Gewerbegericht fungiren zu lassen als das, welches die erstinstanzliche Entscheidung abgab. Bundeskommissar Geh. Rath Hartmann vertheidigte die Berufung als eine nothwendige Rechtsgarantie. Wenn man nicht die Regierungs-Vorlage wieder herstellen wolle, solle man mindestens für die Kommissionsfassung stimmen. v. Stumm (Reichsp.) befürwortet gleichfalls die Berufungsinstanz. Stadthagen (Sozdem.): Die Berufung an das ordentliche Gericht würde das Prinzip der nicht juristischen Gewerbegerichtsbarkeit verletzen. Sein Antrag bezwecke, einen Mittelweg zu finden. Die Landgerichte als Berufungsinstanz einzusetzen, würde gänzlich verfehlt sein. Dr. v. Porsch: Der Instanzenzug gegen die bei den ordentlichen Gerichten geltend zu machenden Forderungen werde ebenfalls durch die Höhe des Streitobjektes beeinflußt. Man möge deshalb dem Kommissionsantrage zustimmen. Ackermann (kons.) befürwortet denselben gleichfalls. § 49 wird darauf in der Kommissionsfassung angenommen. § 50 betrifft das Zwangsvollstreckungsverfahren aus den Endurtheilen der Gewerbegerichte. Ein sozialdemokratischer Antrag will alle Urtheile der Gewerbegerichte für ohne Weiteres vollstreckbar erklären, während die Vorlage der Befugniß, die Urtheile für vorläufig vollstreckbar zu erklären, den Gewerbegerichten besonders vorbehält. Der Antrag wird abgelehnt. § 56 behandelt die Thätigkeit der Gewerbegerichte als Einigungsämter in Streik- und ähnlichen Fällen. Ackermann (kons.) beantragt einen Zusatz, wonach das Einigungsamt nur dann in Wirksamkeit treten solle, wenn die Vertreter beider Theile vorher die Unterwerfung unter den etwa zu erlassenden Schiedsspruch zu Protokoll erklärt haben. Geh. Rath Lohmann wendet sich gegen den Antrag. Der § soll in Streitfällen den streitenden Theilen Gelegenheit geben, über ihre Streitigkeiten unter einander zu verhandeln. Diese Gelegenheit habe bisher gefehlt. Dem Gerichte eine Befugniß zur Zwangsvollstreckung zu geben, dazu liege kein Grund vor. Auch bestehe eine derartige Befugniß anderwärts nicht. Goldschmidt (frs.): Ackermann wolle Autorität gegen freie Unterwerfung. Mit diesem Prinzip würden die Gerichte keinen Anklang finden. Singer (Sozdem.): Der Antrag Ackermann würde nur bewirken, daß die Zahl der Fälle verringert wird, in denen das Einigungsamt angerufen wird. Der Antrag Ackermann wird abgelehnt und der § unverändert angenommen. § 69 bestimmt, daß das Gesetz keine Anwendung finden solle auf Apotheker, Handlungsgehülfen und Lehrlinge, sowie auf die in Militär- und Marinewerkstätten beschäftigten Arbeiter. Ein sozialdemokratischer Antrag will Streichung dieser Bestimmung. Dr. Hirsch (frs.) verlangt, daß wenigstens die Arbeiter der Militär- und Marinewerkstätten unter das Gesetz gestellt würden. Admiralitätsrath Dr. Holtzig: Die Militär- und Marinearbeiter bedürften der Einrichtung nicht, da ihre Beschwerden rasch, wohlwollend und gerecht entschieden würden. Tutzauer (Sozdem.): Es könne leicht vorkommen und sei vielleicht schon vorgekommen, daß Arbeiter in Militärwerkstätten guten Grund hätten, ein Einigungsamt anzurufen. Major Balm: Die Militärwerkstatt sei kein Konkurrenzunternehmen, sie werde von einem Direktor nach rein militärischen Grundsätzen geleitet. Dessen Ansehen werde schwer leiden, wenn er sich vor einem Einigungsamt oder vor dem Gemeindevorsteher zu verantworten hätte. Auer (Sozdem.): Die Lohndrückerei bestehe in den militärischen Werkstätten gerade so wie in den privaten. Frauen würden beschäftigt, um billigere Löhne zu erzielen. In Spandau habe eine Versammlung von Arbeitern der Militärwerkstätten stattgefunden, um sich über eine Verbesserung ihrer Lage auszusprechen. Die Folge davon sei die Entlassung der Leiter der Versammlung gewesen. § 69 wird unverändert angenommen. Ein Antrag 72 a bezweckt Beibehaltung der bereits zugelassenen Gewerbegerichte. Die Sozialdemokraten beantragten die Beschränkung, daß die Zusammensetzung dieser Gerichte den Vorschriften der Vorlage entspreche. Dr. v. Cuny beantragt Anschluß rechtsverständiger Sachwalter für die bevorstehenden Gewerbegerichte. Die Anträge werden angenommen. Der Rest der Vorlage wird ohne weitere Debatte angenommen. Damit ist die 2. Lesung der Vorlage beendet. Morgen: Kolonial-Nachtrags-Etat, Militär-Vorlage.

Berlin. Prinz Friedrich August von Sachsen, der Sonnabend Mittag hier eintraf, folgte gestern einer Einladung der Kaiserlichen Majestäten zur Tafel nach dem Neuen Palais, zu welcher auch der sächsische Gesandte, Graf Hohenthal, mit einer Einladung beehrt worden war. — Der Kaiser hat dem Prinzen Rupprecht von Bayern den schwarzen Adlerorden verliehen. — Morgen Abend reist der Kaiser nach Kiel. — Die Kaiserin verläßt mit den kaiserlichen Prinzen Donnerstag Potsdam. — Konsul Vohsen überreichte Wißmann bei der heutigen Ankunft einen prächtigen Lorbeerkranz. Morgen wird Wißmann vom Kaiser empfangen.

Berlin. Fürst Bismarck hat gestern in Friedrichsruh die Deputation, welche die Berliner Dankadresse mit 30,000 Unterschriften überreichte, empfangen. Auf die Ansprache des Führers der Deputation, Kyllmann, antwortete Bismarck in längerer Rede. Er sagte u. A.: Ich hätte auch gewünscht, für immer bleiben zu können, aber es ging nicht mehr. Die Gründe für mein Scheiden liegen nicht in mir, auch nicht da, wo man sie heute so vielfach sucht. Sie liegen lediglich in der Versetzung der Ansichten meiner Kollegen in der Regierung. Nur die Einigkeit in der Regierung macht dieselbe stark. Ich war mit dem Collegium nicht mehr eins und der nothwendige einige Geist war nicht mehr vorhanden. Damals hatte ich die große Verantwortung allein und konnte deshalb nicht mehr bleiben. Jetzt habe ich die Verantwortlichkeit nicht mehr und darum rede ich frei heraus. Wenn man mir in Sachen der Interviews vorwirft, daß ich mit fremden Zeitungen verkehrt hätte, so kann ich den Vorwurf nicht gelten lassen, denn früher, als ich noch im Amte war, standen mir die russischen Blätter um die Welt nicht offen, um die vielen Lügen, die dort verbreitet wurden, zu widerlegen. Wenn mir heute Gelegenheit wird, vermöge des Ansehens, welches ich immer noch habe, in einem Blatte, welches in Hunderttausenden von Exemplaren in Rußland verbreitet ist, der von mir immer als Lebensaufgabe betrachteten Friedenspolitik zu dienen, so sollte man mir dankbar sein und mir nicht zürnen. Ich erlaube mir ja keine Kritik, auch nicht über die jetzigen Vereinbarungen wegen des englisch-ostafrikanischen Abkommens. Aber heute von mir zu verlangen, daß ich mit einem Male ein ruhiger Landmann werde, das geht nicht an. Ich freue mich, wenn Sie mir die Gesinnungen bewahren, welche Sie in Ihrer Adresse ausgesprochen haben und welche die große Mehrheit der reichstreuen Bürger Berlins ausgesprochen hat. Die Sozialdemokraten rechne ich nicht zu den Deutschen."

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42).
Butter täglich 3 Mal frisch.